Zeitschrift: Der Freidenker [1927-1952]
Herausgeber: Freigeistige Vereinigung der Schweiz
Band: 12 (1929)
Heft: 23

Rubrik: Vermischtes

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

weit mehr Kenntnisse und Routine besitzen, wird ihre Leistungsfähigkeit irrtümlich unterschätzt. Der Umstand wird noch erschwert durch die Tatsache, dass immer mehr weibliche Arbeitskräfte herangezogen werden, die zur Verschärfung der Konkurrenz noch erheblich beitragen. Dann sind es Leute aus dem Bauernstande, von denen viele besser tun würden, ihren Kohl zu pflanzen. Man vernimmt immer häufiger, dass Landwirte einige ihrer Kinder in die Fabrik schicken, um die Industriebevölkerung zu konkurrenzieren, dafür aber einen Knecht für geringen Lohn beschäftigen.

Es ist nun endlich an der Zeit, einmal die Frage zu stellen, ob die Führer der Berufsorganisationen am Bevölkerungsproblem ein ernsthaftes Interesse haben oder nicht. Bis dahin wurde immer nur vom Zusammenschluss der Massen zur Erringung besserer Verhältnisse gesprochen. Das mag bis zu einem gewissen Punkte seine Berechtigung haben; aber vom Grundprinzip ist man fern geblieben. Es hat den Anschein, als ob diese Führer in ihrem eigensten Interesse damit hinter die Berge hielten. Ist jemals die Parole ausgegeben worden, die Ursachen der Ueberbevölkerung durch geeignete Massnahmen zu bekämpfen? Nein! Ist die Masse über die Folgen der Ueberbevölkerung aufgeklärt und ihr Wege zu deren Bekämpfung gewiesen worden? Ich habe noch nichts davon gehört. Dieses unverantwortliche Versäumnis berechtigt zu der Annahme: Jene Führer haben kein Interesse an der Verminderung der Menge, weil dadurch die Arbeitskonkurrenz geschwächt wird; folglich würden die Arbeitskräfte rar und daher besser gestellt. Das Resultat davon wäre, dass die Berufsverbände im ursprünglichen Zwecke überflüssig und ihre Funktionäre abgebaut würden. Der Zusammenschluss der wirtschaftlich Bedrückten konnte wohl in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung der Betriebe durchschlagenden Erfolg haben — mit der Masse als Quantität; heute kann nur eine Neuorientierung inbezug auf das Bevölkerungsproblem für die Zukunft von Nutzen sein — mit der Masse als kleinere Quantität, aber geistig umso besserer Qualität. — Es erübrigt noch, zu erwähnen, dass die Gewinnung der Masse zwecks Stärkung gewisser politischer Parteien als Parallele zu den wirtschaftlichen Interessen steht; aber gerade darin zeigt sich das perikulöse Moment der Verflachung, die schon zur Spaltung zwischen «Gemässigten» und «Extremen» geführt hat. (Schluss folgt.)

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Durch die Tagespresse ging Mitte November ein Kreisschreiben des bernischen Kirchendirektors, welches sich mit einer angeblich von der Kanzel herab betriebenen Propaganda der Dienstverweigerung auseinandersetzt und je nach Richtung des Blattes verschieden komentiert wurde.

Der Schriftleiter eines zürcherischen Landblattes, im Nebenamt eidgenössischer Oberst, glossiert die regierungsrätliche Kundgebung folgendermassen:

— *«Bärndütsch».* Der Direktor des bernischen Kirchenwesens, Regierungsrat Dürrenmatt, hat ein Kreisschreiben erlassen, das die Kundgebung des Synodalrates in rechtlicher Beziehung ergänzt und eine scharfe Warnung für jene Pfarrer enthält, die offen oder versteckt der Dienstverweigerung aus religiösen Gründen Vorschub leisten.

Ausgehend von der Tatsache, dass Pfarrer der evangelisch-reformierten Landeskirche die Predigt und namentlich die Unterweisung zu antimilitaristischer Propaganda benützen, verweist der Kirchendirektor zunächst auf den bei der Aufnahme in den Kirchendienst geleisteten Eid (Verfassung und verfassungsmässige Gesetze streng zu befolgen), auf das Kirchengesetz (Enthaltung jedes unbefugten Eingriffes in die staatlichen Angelegenheiten), sowie auf weitere klare gesetzliche Bestimmungen, denen die Pfarrer so gut wie alle andern Staatsbeamten unterstellt seien. Im einzelnen Falle hätten über eine Amtspflichtverletzung durch antimilitaristische Propagandatätigkeit die Gerichte oder die Verwaltungsbehörden zu entscheiden, indem je nach Umständen und nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen eine strafbare oder eine bloss disziplinarisch zu ahndende Widerhandlung vorliegen kann oder auch ein Abberufungsantrag bei den Gerichten in Frage kommt.

In grundsätzlicher Beziehung wird sodann erklärt, dass die offene oder verhüllte Aufforderung zur Verweigerung der Militärdienstpflicht eine Amtspflichtverletzung bedeutet, die auch geeignet sein kann, den öffentlichen Frieden oder die öffentliche Ordnung zu gefährden. Es sei nicht vereinbar mit dem geleisteten Amtseid, wenn ein Pfarrer in Predigt oder Unterweisung zur Verweigerung des Militärdienstes auffordere. Dabei sei es nicht nötig, dass diese Aufforderung unverhüllt erfolge, sie könne auch schon darin liegen, dass die Leistung von Militärdienst als eine Widerhandlung gegen das göttliche Gebot dargestellt wird. Die Staatsbehörden würden nicht zögern, das Gesetz zur Anwendung zu bringen, wenn ihnen im Einzelfall genau belegte Beschwerden unterbreitet werden sollten.

«Die Pfarrer unserer Landeskirche» — so wird weiter ausgeführt — «welche unserm Volk die Meinung beibringen wollen, der Militärdienst verstosse gegen die göttliche Ordnung, setzen sich damit ausserhalb unserer Volksgemeinschaft und sie fügen unserer Landeskirche, wie überhaupt unserm ganzen Lande unberechenbaren Schaden zu. Sie setzen sich übrigens in Widerspruch mit sich selber und als Pfarrer einer Landeskirche und einem Staate zu dienen, die nach ihrer Auffassung durch Zulassung und Anordnung des

---

waldsnatur. Er weiss viel Interessantes über Tiere und Pflanzen in diesem Urwaldsbereich zu berichten. Aber im wesentlichen kam es ihm doch auf die Menschen an. Durch ihn erfährt man eigentlich zum ersten Male von dem Dasein der sogenannten Kulturpioniere des Europäertums und von jenen farbigen Menschen, die dem ursprünglichen Leben ihrer Rasse bereits entrissen wurden, sich in das Leben europäischen Zuschnitts aber noch nicht einfügten und nun als Entwurzelte und noch nicht neu Verwurzelte zwischen den Kulturschichten haltlos pendeln. Dabei fällt manches Licht auf die religiösen Vorstellungen der Menschen in den Grenzbezirken der Zivilisation, dabei wird auch die schmähliche Rolle der Kirche gegenüber Indianern und Negern treffend beleuchtet.

Das Buch grossen Formats von 264 Seiten Umfang, ausgestattet mit 24 Illustrationsseiten in Kunstdruck, kostet in Ganzleinen gebunden nur 5 RM. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Vermischtes.

Russland.

Die Akademie der Wissenschaften hat ein Projekt betr. die Kalenderreform, das eine fünftägige Woche von Montag bis Freitag, vorsieht, und der in den Betrieben und Institutionen der Sowietunion eingeführten ununterbrochenen Arbeitswoche entspricht, gebilligt. Der Samstag und Sonntag figurieren in dem neuen Kalender nicht mehr. Die Zahl der Monate bleibt unverändert, aber jeder der zwölf Monate besteht aus sechs Wochen, und alle Monate zählen 30 Tage. Das Jahr hat also 360 Arbeitstage. Die fünf revolutionären Feiertage werden bei der Zahl der Tage des Monats nicht berechnet, auch der 29. Februar der Schaltjahre wird nicht berechnet; er bildet einen Industrialisierungstag.

— Es schweben Verhandlungen zwischen der Sowietregierung und dem Vatikan betr. die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Die Sowietregierung scheint nicht mehr gewillt, die katholische Hierarchie restlos anzuerkennen. Sie verlange, dass die Katholiken sich in Gemeinschaften vereinigen und durch eigene Beiträge für die Löhne der Geistlichen und die Kultuskosten aufkommen. Sie will Wohltätigkeitsinstitute, geistliche Schulen und Bücher, sowie religiöse Propaganda ausserhalb der Kirche nicht mehr zulassen, würde aber die Verwendung der Kirche gestatten und innerhalb der Gotteshäuser den Gläubigen Gewissensfreiheit lassen.

Christen untereinander.

Seit längerer Zeit bemühen sich die sogenannten Bibelforscher darum, auch den Radiodienst für ihre Propaganda zu verwenden. Die Radiostationen haben sich bisher auf den grundsätzlichen Standpunkt gestellt, nur die Prediger der anerkannten Landeskirchen zuzulassen, d. h. die Geistlichen der protestantischen und katholischen Konfessionen.

Nun wollen die Bibelforscher auf dem «Initiativwege», d. h. durch Unterschriftensammlung den Nachweis erbringen, dass die Radiohörer auch die Bibelforscher-Vorträge wünschen. Die Art und Weise aber, wie diese Unterschriften gesammelt werden, spricht nicht gerade sehr dafür, dass dieses Ziel mit ehrlichen Mittel erstrebt wird. Aus dem kathol. «Sonntag.»